

Wie konnte ein demokratischer Rechtsstaat im Jahr 2005 noch solche Gesetze anwenden? Die Gesetze und ihre Anwendungen erinnerten eher an rückständige und totalitäre Rechtspraktiken. Umso erfreulicher war die Reform im Jahre 2005, die all diese diskriminierenden Gesetze ersatzlos strich. Der „Ehrenmord“, insbesondere der kollektiv strukturierte, sollte nun mit lebenslanger Freiheitsstrafe geahndet werden. Dies war nicht zuletzt der starken Frauenbewegung in der Türkei geschuldet, die schon lange Jahre auf die Diskriminierung der Frauen im Strafgesetzbuch aufmerksam machte.

Die nächste Station war die Rechtsanwaltskammer Diyarbakir. Die Abteilung Gleichstellung und Frauen hatte von 2000 bis 2005 „Ehrenmord“-Urteile gesammelt. Ich bekam alle 30 Urteile und erhielt so die Möglichkeit, u. a. die Definition von Ehre und Strafmilderungen zu untersuchen. Es war verwunderlich festzustellen, dass sowohl das Gesetz als auch die Rechtsprechung den Begriff der Ehre vielfach verwendeten, es in den Urteilen allerdings keine Definition dieses Begriffs gab. Vielmehr gingen die Gerichte in den Urteilen von einem Selbstverständnis als Wert aus und schrieben in ihre Urteile „um die Ehre zu bereinigen“ oder „eine Sache der Ehre“, um den Tatbestand festzulegen. Um die Motivation des Täters festzustellen, stellten die Gerichte auf die Vorstellungen, Lebensbedingungen und das soziale Umfeld des Täters ab.

Im Alltag versuchte ich von den Lebensbedingungen der Frauen im Südosten einen Eindruck zu gewinnen. Diyarbakir war vom Stadtbild her viel fortschrittlicher, als ich es mir vorgestellt hatte. Eigentlich gab es kaum Unterschiede zu den westlichen Städten der Türkei, die ich bislang für meine Türkeiaufenthalte aufgesucht hatte. Die Menschen waren allerdings im Gegensatz zu den westlichen Städten sehr viel konservativer. So konnte ich bei 40 Grad auf der Straße kein Wasser trinken, weil Fastenzeit war und ich

selbst Kinder nicht sah, die auf der Straße aßen und tranken. Ich traute mich daher nicht und lief in Seitenstraßen, wenn ich etwas trinken wollte. Die vielen Bäckereien und Restaurants verdeckten ihre großen Geschäftsscheiben mit Tüchern, damit die fastenden Menschen den Innenbetrieb nicht sehen konnten. Ab circa 19.00 Uhr konnte man fast keine einzige Frau mehr auf der Straße sehen, als gäbe es eine offizielle Ausgangssperre für Frauen (die es natürlich nicht gab). Das war für mich sehr befremdlich. Lediglich auf der „Sanat Sokagi“, der Künstlerstraße, hielten sich junge Mädchen und Frauen auf, die vermutlich der Studentenszene zuzuordnen waren.

Nicht zuletzt besuchte ich die sehr gut organisierte Frauenorganisation KAMER (Abkürzung für Kadin Merkezi – Frauenzentrum) in Diyarbakir und in Mardin, die mir mit Statistiken und anderem Material zur Auswertung behilflich waren. Wir führten lange und ausgiebige Gespräche über Gewaltdelikte, Ehrverbrechen und die generellen Probleme der Frauen im Südosten. Mangelnde Bildung und fehlende Familienplanung kristallisierten sich als Hauptproblem der Frauen heraus. Oftmals würden die Frauen keine Kenntnisse über Verhütung haben und bis zu acht Kindern gebären. Dies zeigten auch die Statistiken zur Bevölkerungsstruktur der Türkei. Wir sprachen über vereinzelte Gewaltverbrechen an Frauen und die, wie ich feststellte, hochachtungsvolle Arbeit dieser Frauenorganisationen.

Nach sehr viel Input, Material, Literatur, Expertengesprächen und wertvoller Lebenserfahrung kehrte ich nach Deutschland zurück und verewigte das neu erlangte Wissen in meiner Promotionsarbeit „Gewalt im Namen der Ehre“. Ich war froh, am Ursprung nach der Quelle gesucht zu haben. Denn von der Ferne hätte ich all diese Erkenntnisse nicht gewinnen können. Die Schwierigkeiten und Hindernisse auf diesem Weg haben mich nur bereichern können.

DOI: 10.5771/1866-377X-2016-1-19

Referentin für internationale Zusammenarbeit und Entwicklung an der EU-Delegation in Washington D.C.

Dr. Renate Hahlen

Hauptverwaltungsrätin der Europäischen Kommission, Brüssel/
derzeit Washington/Mitglied der djB-Regionalgruppe Brüssel

Als im Frühjahr 2014 der Posten der Referentin für Entwicklungspolitik und internationale Zusammenarbeit an der Vertretung der Europäischen Union in Washington D.C. kurzfristig zur Nachbesetzung ausgeschrieben wurde, wusste ich: den Job will ich haben. Ein Postenwechsel innerhalb der Europäischen Kommission war überfällig; der jüngste Sohn machte Abitur und würde Belgien zu Beginn des Studiums verlassen; in einer EU-Delegation zu arbeiten war ein langgehegter Wunsch; die Option Washington war verlockend; ich war eine freie Frau. So bereitete ich mich intensiv und mit Erfolg auf das Auswahlverfahren der

Generaldirektion Entwicklung vor. Es half, dass ich mehr als 20 Jahre in verschiedenen Bereichen der EU-Außenbeziehungen und Entwicklungspolitik gearbeitet hatte, davon lange zur EU-Kooperation mit multilateralen Organisationen und anderen Geberländern.

Die Zusage kam Ende Juni; für die Auflösung des Familienhaushaltes, Vorbereitung der Übersiedlung und Wohnungssuche in Washington blieben rund zwei Monate Zeit. Ich nahm einen Monat unbezahlten Urlaub und beherzte den Rat erfahrener Kolleginnen, erst in Brüssel alles aufzulösen, den Umzugscontainer auf den Weg zu bringen und unmittelbar vor der Ausreise ein paar Tage Urlaub zu machen, um nicht erschöpft, sondern halbwegs erholt den Dienst im Ausland anzutreten.

Wofür ist die EU-Delegation in Washington zuständig, und wie unterscheidet sie sich von der Botschaft eines Mitgliedstaates?

Die Delegation ist eine der 136 außereuropäischen Vertretungen der EU; im Gegensatz zu den Mitgliedsstaaten, die in anderen EU-Ländern Botschaften unterhalten, gibt es keine ‚EU-Delegationen‘ im EU-Inland, wohl aber Informationsbüros, deren Aufgaben sich von denen einer Delegation unterscheiden. Mit circa 90 Mitarbeitenden gehört Washington zu den großen EU-Delegationen, ist aber im Vergleich zu den Botschaften der großen EU-Länder, die ein Mehrfaches an Personal in ihren Botschaften in der USA einsetzen, klein. Sie ist primär dafür zuständig, EU-Belange gegenüber der US-Regierung, dem Kongress (Abgeordnetenhaus und Senat) und – bei Bedarf – gegenüber einzelnen US-Staaten zu vertreten. Darüber hinaus ist die Delegation ein Bindeglied zwischen den zentralen Dienststellen der EU und den in Washington beheimateten multilateralen Organisationen. Dazu gehören der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbankgruppe (WB), die Interamerikanische Entwicklungsbank (IaDB), die Organisation der amerikanischen Staaten (OAS), bei denen die EU Beobachterstatus hat, und eine kleinere Rohstoff-Organisation (der Internationale Beratende Baumwollausschuss (International Cotton Advisory Committee – ICAC). Für die Beziehungen mit den Vereinten Nationen (VN) in New York ist eine separate EU-Delegation zuständig; auch die EU-Länder haben ständige VN-Vertretungen.

Die Beziehungen zu den USA sind vielseitig; sie betreffen alle Bereiche, in denen die EU eigene Gesetzgebungs- und Politikkompetenzen besitzt und wo die EU und ihre 28 Mitgliedstaaten mit einer Stimme sprechen wollen; die EU-US Kooperation wird durch eine Vielzahl von spezifischen Abkommen mit den USA konkretisiert, und laufend werden Verhandlungen geführt (derzeit u. a. bspw. prominent zur Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) oder zum Visa Waiver Programm. Da der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) nur für gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zuständig ist, in allen anderen Bereichen hingegen die Europäische Kommission internationale Verträge ausarbeitet und die EU nach außen vertritt, arbeiten in der EU-Delegation neben dem Personal des EAD – dazu später – EU-Beamt_innen aus verschiedenen Diensten der Europäischen Kommission. Sie decken eine Vielzahl von Politikfeldern ab (Handel, Landwirtschaft und Nahrungsmittelsicherheit, Forschung und Technik, Energie und Transport, Umwelt- und Klimaschutz, Gesundheit und Verbraucherschutz, Digitalisierung/ Datenschutz, Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Justiz und Inneres, Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik sowie humanitäre Hilfe). Die EU-Delegation beherbergt auch EU-Beamt_innen aus verschiedenen europäischen Agenturen und Programmen (wie die europäische Strafverfolgungsbehörde EUROPOL, die europäische Flugsicherheitsbehörde EASA (European Aviation Safety Agency) und das Forschungsprogramm für ein vereinheitlichtes europäisches Luftverkehrsmanagement SESAR (Single European Sky Air Traffic Management Research). Des Weiteren bindet die EU-Delegation die Vertreter_innen der Europäischen Zentralbank (EZB), der Europäischen Entwicklungsbank (EIB) und des einzigen außereuropäischen Verbindungsbüros des Europäischen

Parlaments (zum US-Kongress) eng in die Delegationsarbeit ein, um eine einheitliche, starke EU-Repräsentanz zu gewährleisten. Die Presse- und Informationsabteilung der Delegation kümmert sich darum, Kenntnisse über die Funktion der EU-Institutionen, über die EU-Politiken und -Programme in den USA landesweit zu vermitteln und zu verbessern. Dies geschieht durch Informationskampagnen, Pressebriefings, Social Media, Schülerwettbewerbe, Austausch- und Förderprogramme mit Universitäten und Think Tanks und auch durch kulturelle Veranstaltungen, oft in enger Abstimmung mit den Auslandsvertretungen der 28 EU-Mitgliedstaaten. Im Gegensatz zu den Mitgliedsländern hat die EU-Delegation kein militärisches Personal; sie kümmert sich nicht um Konsularangelegenheiten oder den Schutz einzelner Staatsangehöriger in den USA, wohl aber um allgemeine, alle EU-Mitgliedstaaten betreffende Regelungen, wie bspw. Einreiseregulungen für EU-Staatsangehörige in die USA. Die Botschaften der Mitgliedsländer befördern die speziellen bilateralen Beziehungen zu den USA.

Wer arbeitet in der politischen Abteilung der Delegation?

Die politische Abteilung ist einerseits zuständig für die gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik, die in den Zuständigkeitsbereich des EAD fallen. Andererseits deckt sie Aufgaben aus dem Zuständigkeitsbereich der Europäischen Kommission ab, z. B. Justiz, Migration und Terrorismusbekämpfung, humanitäre Hilfe, Entwicklungs- und Nachbarschaftspolitik. Als Entwicklungsreferentin bin ich deshalb der politischen Abteilung zugeordnet.

Wir sind circa 15 Leute, die alle Aufgaben vergleichbar mit dem höheren Dienst des öffentlichen Dienstes in Deutschland wahrnehmen, mit unterschiedlichem Status und Vertragsbedingungen: Manche arbeiten als EU-Beamt_innen permanent für den EAD; derzeit gibt es zwei Kolleg_innen, die vom Auswärtigen Amt in den EAD als Zeitbeamt_innen zur EU-Delegation abgeordnet sind; einige andere sind als nationale Sachverständige der Außenministerien von Mitgliedstaaten an die EU-Delegation entsandt, derzeit sind es Kolleginnen aus Bulgarien und Polen; wieder andere sind – wie ich – Beamtinnen der Europäischen Kommission. Die normale Sitzzeit des von Kommission oder EAD entsandten Personals beträgt am Dienort Washington vier Jahre, während an schwierigeren Dienstorten die Entsendung auf zwei (z. B. Afghanistan) oder drei Jahre (z. B. Vietnam) beschränkt ist. Daneben gibt es Berater_innen, die als Ortskräfte – häufig über Jahrzehnte – einer beruflichen Karriere in der EU-Delegation nachgehen und als historische Wissensträger_innen für Kontinuität sorgen. Sie stellen das inoffizielle Rückgrat der Delegation dar und sorgen dafür, dass die Dienststelle bei der beständigen Rotation der entsandten Beamt_innen funktionstüchtig bleibt. Zeitweilig wird das Team durch Praktikant_innen ergänzt.

Was ist der Aufgabenbereich einer Entwicklungsreferentin in den USA?

Da die USA kein Entwicklungsland sind, gehört zur Arbeit nicht die Planung und Implementierung von Entwicklungshilfeprogrammen/-programmen, wie es das Kerngeschäft der Kooperationsabteilungen von EU-Delegationen in Entwicklungsländern ist. In Washington geht es um anderes: um aktives Informieren über

EU-Entwicklungspolitik, um Beschaffen von Informationen über (i) US-Politik gegenüber Entwicklungsländern (US-Politik ist Weltpolitik), (ii) und über Forschung, Konzepte und Kooperationen von IWF, WB, IaDB und der Vielzahl von Politik- und Forschungsinstituten (Think Tanks). Es ist nötig, Kontakte in allen relevanten Organisationen und Instituten zu pflegen und in Erfahrung zu bringen, wo sich eine erweiterte Zusammenarbeit mit der EU anbietet bzw. wo sich die EU einbringen kann. Konkret heißt das:

- Besuche von EU-Vertreter_innen vorbereiten und begleiten: Washington ist kein Ort, an dem man sich über einen Mangel an Besucher_innen aus der Zentrale in Brüssel beklagen muss: Vielmehr geben sich Kommissar_innen, Generaldirektor_innen, Direktor_innen, Referatsleiter_innen und Referent_innen die Klinke in die Hand. Dies bedeutet, vielseitige, eng getaktete Besuchsprogramme zu erstellen (offizielle Treffen, Gelegenheiten schaffen, um in Think Tanks bei öffentlichen Events oder exklusiven Tischgesprächen mit Expert_innen über EU-Politik zu sprechen, mit der Presseabteilung Interviews mit Journalist_innen abzustimmen ... und sicherzustellen, dass die Logistik stimmt (von Ankunft bis Abflug)). Ich hatte gerade drei Wochen nach meiner Ankunft auf dem Posten, um den Besuch des EU-Kommissars für Entwicklung vorzubereiten; das war etwas aufreibend, aber als die Rückmeldung kam, dass der Kommissar bei vergangenen Besuchen nicht so ein gutes Programm gehabt hätte, war klar, dass mir etwas gelungen war. Das machte Mut, weitere Besuchsvorbereitungen nicht nur als anstrengend zu empfinden, sondern als kreative Aufgabe anzusehen. Besucher_innen zu hochrangigen Treffen zu begleiten (z. B. zum Präsidenten der Weltbank oder zu Berater_innen von Präsident *Obama* im Weißen Haus) ist spannend, bildend, horizontenerweiternd; manchmal ist es möglich und erwünscht, dass ich an Gesprächen aktiv teilnehme; so kann ich manche Gedanken, Gesprächsverläufe und Entscheidungen beeinflussen. Dafür nehme ich den mit Vorbereitung und Berichterstattung verbundenen Arbeitsaufwand gern in Kauf. Zur Illustration: eine IWF/Weltbank-Frühjahrs- oder Jahrestagung, zu der neben dem Kommissar noch mehrere andere Besucher_innen kommen, hält mich circa einen Monat rund um die Uhr beschäftigt.
- Briefings/ Informations- und Diskussionsveranstaltungen organisieren: Es ist ein Privileg der EU-Delegation, regelmäßig Vertreter_innen der US-Administration zu mündlichen Briefings für die zuständigen Referent_innen der 28 EU-Botschaften einzuladen (convening power). Das hat Vorteile für alle Beteiligten: Für die US-Kolleg_innen ist es einfacher, die EU-Delegation und alle Mitgliedstaaten auf einmal zu informieren als u. U. 29 Einzelgespräche (28 EU-Botschaften plus EU-Delegation) zu führen. Für die EU-Länder, insbesondere für die kleineren, bedeutet es, dass sie regelmäßig aktuelle Informationen bekommen, zu denen sie anders kaum oder nicht im selben Umfang Zugang hätten. Die EU kann bei diesen Anlässen im EU-Ministerrat beschlossene oder vor Ort abgestimmte gemeinsame Positionen vertreten. Umgekehrt werde auch ich zu Vorträgen in US-Dienststellen oder zu Universitäten eingeladen, um über die EU-Entwicklungspolitik

zu informieren und zu debattieren (z. B. in USAID, die dem Außenministerium unterstellt und die größte US-Agentur für die Durchführung von Entwicklungshilfeprogrammen ist). Briefings zu Querschnittsthemen, die über die Entwicklungspolitik hinausreichen, bereiten wir in der Delegation abteilungsübergreifend vor und gewinnen Sprecher_innen aus verschiedenen Teilen der US-Administration, um unterschiedliche Dimensionen eines Themas abzudecken: bspw. zu Ebola – hier kommen Gesundheits- und Entwicklungsaspekte zusammen; oder zu den nachhaltigen Entwicklungszielen – hier gibt es Bezüge zu den Themen Umwelt, Klima und welche Unterstützung Entwicklungsländer benötigen, um diese neue universelle Agenda umzusetzen. Daneben organisiere ich so manche öffentliche Diskussionsveranstaltung für ein breiteres Publikum. Am Europatag, dem Robert Schuman Tag am 9. Mai, veranstalten die Delegation und die 28 EU-Botschaften in Washington traditionell einen gemeinsamen Tag der offenen Tür(en). Die Mitarbeiter_innen der EU-Delegation organisieren dabei Informationsstände, Spiele und andere Aktivitäten zu verschiedenen EU-Themen; aus Anlass des Europäischen Jahres der Entwicklung 2015 unterhielt ich einen Informationsstand und diskutierte mit BesucherInnen zur EU-Entwicklungspolitik.

- Informationen zu analysieren und dazu Berichte zu schreiben gehört zum Kerngeschäft des diplomatischen Dienstes. Ich verfolge neben der US-Politik vor allem die Entwicklungen in der WB und IaDB. Kaum ein EU-Land hat so eine breite globale Präsenz mit einem Kooperationsprogramm wie die EU; sie ist deshalb – obgleich nicht Mitglied – ein strategischer Kooperationspartner für die multilateralen Entwicklungsbanken. So führe ich viele Gespräche, stelle Kontakte zu meinen Kolleg_innen in Brüssel her, verfolge Fachkonferenzen und Podiumsdiskussionen, auch der zahlreichen Think Tanks und Universitäten. Alles muss ausgewertet und in zeitnahe Berichte an die Zentrale in Brüssel umgesetzt werden.
- Last but not least bin ich mit der Verhandlung für die Aufnahme der EU in den Internationalen Beratenden Baumwollausschuss ICAC betraut, auf Basis eines vom EU-Ministerrat ausgearbeiteten Verhandlungsmandats und in enger Abstimmung mit den Kolleg_innen der EU-Mitgliedstaaten vor Ort.

Mein Eindruck nach 15 Monaten ist, dass ich einen spannenden, fordernden Posten mit einem breiten Aufgabengebiet und einigem Gestaltungsspielraum habe, mit vielfältigen Verknüpfungen zu anderen Politikfeldern, die ich im Auge behalten muss. Damit tut sich wahrscheinlich leichter, wer wie ich eine längere Berufserfahrung hat, das eigene Fachgebiet gut kennt und in der Zentrale in Brüssel auf ein breites Netzwerk an Kontakten zurückgreifen kann. Als ich den Posten antrat, war ich zwar ‚Neuling‘ und hatte mich einzuarbeiten, aber ich fühlte mich allen Aufgaben von Beginn an gewachsen, hatte Spaß an den Herausforderungen und nach einiger Zeit das Gefühl, dass ich alle Facetten des Postens in der Breite gut ausfülle. Für die verbleibende Zeit nehme ich mir vor, mich tiefer einzuarbeiten, um die Ausgestaltung der EU-Beziehungen auch inhaltlich möglichst mit zu gestalten.

Welche Möglichkeiten für Praktika und Wahlstationen gibt es in den EU-Delegationen?

Die EU-Delegationen bieten unbezahlte drei- bis viermonatige Praktika an für Student_innen, die im Bachelor- oder Masterstudiengang sind. D. h. im Gegensatz zu den strukturellen (und bezahlten) Praktika bei den EU-Institutionen in Brüssel kann man bereits vor Studienabschluss ein Praktikum absolvieren.

Meines Wissens hat die EU keine Regeln, ob und unter welchen Bedingungen, Rechtsreferendar_innen ihre Wahlstation in EU-Delegationen absolvieren können; ich halte dies aber nicht für ausgeschlossen. Es wird vor allem von Folgendem abhängen: (i) gibt es in der Delegation Jurist_innen, die als Ausbilder_innen in Frage kommen (das kann sich jedes Jahr mit der Rotation des entsandten Personals ändern); (ii) gestatten es die Räumlichkeiten der Delegation, zum nachgefragten Zeitraum einen

Arbeitsplatz zur Verfügung zu stellen; (iii) zudem ist das deutsche Ausbildungssystem der Jurist_innen speziell und wird im Ausland kaum verstanden, es muss also bei einer Bewerbung explizit erklärt werden. Bei Bewerbungen für eine Wahlstation dürfte außerdem wichtig sein, sich von Praktikant_innen abzuheben, d. h. sich als ‚young lawyer in training‘ mit abgeschlossenem Studium zu präsentieren und darauf hinzuweisen, dass man als Referendar_in ein Grundgehalt bezieht und (iv) nachzuweisen, dass man eine Krankenversicherung abgeschlossen hat, die Behandlungen im Gastland abdeckt. Auch Praktikant_Innen müssen eine solche Krankenversicherung haben. In der Delegation Washington hatten wir übrigens noch keine Anfragen von Referendar_innen bezüglich der Absolvierung einer Wahlstation; obwohl wir in der politischen Abteilung derzeit zwei deutsche Jurist_innen haben, die als Ausbilder_innen fungieren könnten.

DOI: 10.5771/1866-377X-2016-1-22

Als deutsche Juristin in Paris: „one thing leads to another“

**Sylvia Cleff
Le Divellec**



Beraterin/
Trainerin in Gleichstellungsrecht und -projekten und Coach, Mitglied der Kommission Europa- und Völkerrecht/djb-Regionalgruppe Paris (in Gründung)

Seit über zehn Jahren lebe und arbeite ich in Paris. Rückblickend war dies zu Beginn meines Jurastudiums in Freiburg im Breisgau im Jahr 1993 nicht im Geringsten vorgezeichnet. Nach dem Grundstudium in Freiburg entschied ich mich zum fünften Semester für die schöne Universität von Amsterdam, um dort Völkerrecht und Europarecht zu studieren. Eine Einschreibung für einen LL.M. in Schottland für die Zeit nach dem ersten Staatsexamen, das ich in Berlin absolvierte, war schon fast abgeschickt, als mir meine Mitbewohnerin und Freundin Tamara von einem sehr wenig bekannten Austauschprogramm zwischen der französischen Nationalversammlung und dem deutschen Bundestag erzählte. Es war ein Schicksalsmoment an diesem Abend im Innenhof der Humboldt Universität, wie es die ja im Leben so gibt, denn dadurch eröffnete sich ein spannender, durch ein umfassendes Stipendium der französischen Regierung finanzierter Weg nach Paris zu ziehen und damit eine bis heute andauernde „grande histoire d’amour“.

Ein Jahr an der Assemblée Nationale, mein erstes Jahr in Paris

Das deutsch-französische Parlamentsprogramm¹, an dem ich mit vier anderen glücklichen Auserwählten 2000/2001 in Paris teilnahm, sprach mich wegen seiner Mischung aus praktischer Arbeit bei einem Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung bzw. in seinem Wahlkreisbüro und seiner wissenschaftlichen Anbindung an das umfassende Studienprogramm im Institut d’études politiques in der rue Saint Guillaume, dem Herzen Paris, an. Eine große Chance für mich war

es sicherlich, dass während des Auswahlgespräches vor der französischen Delegation in der Humboldt-Universität in Berlin damals neben meinen europarechtlichen Kompetenzen meine Motivation und Neugierde erkannt wurden; die habe ich meinen Großeltern und Eltern zu verdanken, denn Frankreich stand in meiner Familie immer hoch im Kurs. Vielfältig waren unsere Aufenthalte und prägenden Erlebnisse im Land über viele Generationen hinweg. Meine Französischkenntnisse hingegen waren damals natürlich nur auf „fröhlichem“ Schulniveau. Als ich die Zusage für das Programm kurz nach meinem ersten Staatsexamen dann erhielt, entschied ich mich ohne Zögern für ein Jahr in Paris. Spannende Einblicke in die Rolle und das Leben „meines“ damaligen Abgeordneten Alain Barreau, Vorsitzender des Europaausschusses und Delegierter des Verfassungskonventes in Brüssel, herrliche Aufenthalte in Südfrankreich zum Wahlkampf, zahlreiche Konferenzen und Champagner-Empfänge sowie auf akademischer Seite bis dahin unbekannte Studieninhalte wie Wirtschaft und Journalismus an Sciences Po, dazu Theater-AG, Französisch Intensivkurse und viel Kultur und Yoga füllten mein „erstes Jahr“ in Paris aus. Bevor es dann ins Referendariat und damit zurück nach Berlin ging, machte ich, dank einer Initiative, die die Mitarbeit auf Biobauernhöfen vermittelt, ein „wwoof“²-Praktikum auf einem Milchkuhbiobauernhof. Ich lernte dabei die Bretagne und ihre Bewohner_innen, das Melken und

1 Weitere Information: <<http://www.afaap.de>>

2 Die Abkürzung „wwoof“ steht für „willing working on organic farms“: <<http://www.wwoof.fr>>